

Die

# Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Kenefelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

### Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ftg.-Katalog Nr. 2573.)

Für die Mäurer des Werkstättenvereins Nr. 1.25.

### Redaktion und Expedition.

Redaktion, Druck und Verlag: Conrad Müller, Schleich-Verlag, wohn in alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind. Retaktionschluß: Dienstag.

### Insertion.

Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Annoncen unter Verbringung der Abonnementsquittung, sowie Verbindungen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinstimmung.

### Achtung!

In Firma B. Weber-Solingen drohen Differenzen auszubrechen, wir bitten vorläufig Zuzug fernzuhalten. Näheres folgt. Die Verwaltung.

### Aufruf!

Wie durch Bericht in der „Gr. Pr.“ bekannt gegeben, findet Anfang August d. J. in Bern der zweite internationale Kongress der Lithographen, Steindrucker und Berufsge nossen statt. Die Gründe für die Notwendigkeit des Kongresses sind in den letzten zwei Jahren immer deutlicher zu Tage getreten. Man braucht nur an unseren Streik von 1896 zu denken und an dem vor kurzem beendeten Streik der englischen Maschinenbauer. Gegenüber den internationalen Vorkerkungen der Unternehmer auf wirtschaftlichem Gebiete ist es eine Pflicht der deutschen Kollegen, sich mit den ausländischen Kollegen, ohne Unterschied der Nationalität, zu verständigen und immer nähere Fühlung zu nehmen. Hierdurch wird und kann nur die Arbeiterklasse gewinnen und ihre Verhältnisse verbessern.

Dies vorausgeschickt, beschloß die am 7. Febr. 1898 in Berlin stattgefundene öffentliche Versammlung, den zweiten internationalen Kongress durch drei Delegierte zu beschicken. Die Versammlung nahm an, daß von den drei Delegierten je einer für Süd-, Mittel- und Norddeutschland gewählt wird. Für Norddeutschland ist Kollege H. Schöple, Berlin, einstimmig vorgeschlagen worden.

Zur Entgegennahme von Vorschlägen, welche Bezug auf vorstehendes haben, sowie zur Regelung der anzubringenden Mittel und Herbeiführung der Abstimmung wurde eine Kommission aus 5 Kollegen bestehend, gewählt. Da nun im Interesse der ganzen Angelegenheit eine Zentralstelle vorhanden sein muß, so ersuchen wir die Kollegen, die Unterzeichneten als solche anzuerkennen und sämtliche Anfragen, Zusendungen u. an Kollegen W. Brall, Berlin N., Wollnerstraße 9 zu adressieren.

Wir ersuchen nun die Kollegen, in sämtlichen Orten so schnell wie möglich öffentliche Versammlungen einzuberufen, welche sich mit diesem Thema befassen und uns die gefaßten Beschlüsse bis spätestens 1. April einzusenden.

Kollegen! Obwohl noch genug für unsere eigene Organisation agitiert werden muß, so wollen wir nicht zurückstehen gegen unsere Kollegen im Auslande, wir wollen das eine thun und das andere nicht lassen. Auf diesem zweiten internationalen Kongress handelt es sich darum, die auf dem Londoner Kongress gefaßten Beschlüsse zu einer praktischen Bedeutung zu verhelfen und der Kollegen schaft einen stärkeren Rückhalt in den Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage zu geben. Darum frisch ans Werk!

Mit 1. leg. Gruß!

### Die Fäuser-Kommission:

W. Brall, Steindr.; P. Bräutigam, Präger; Fel. Siegesmund, Inlegerin; Ch. Tischendörfer, Lithogr.; E. Weysspf, Tapetendrucker.

### Zum international. Kongress in Bern.

Es wird vielfach angenommen, daß die Beschlüsse der Berliner öffentlichen Versammlung für alle anderen Städte blind sein sollen. Dieses ist aber durchaus nicht der Fall, im Gegenteil ist es sogar wünschenswert, daß jede Stadt sich zunächst in öffentlicher Versammlung für oder gegen die Beschickung des Kongresses ausdrückt. Ebenso kann sich jede Stadt für die Entsendung von mehr oder weniger als drei Delegierten entscheiden; letztere Zahl war nur ein Vorschlag Berlins. Ueber alle in Deutschland gemachten Vorschläge nimmt dann die in Berlin gewählte Kommission eine Abstimmung vor, bei welcher die Majorität der abgegebenen Stimmen entscheidet.

Ganz besonders ist es auch notwendig, daß die öffentlichen Versammlungen über die in Nr. 47, 50 und 53 der „Gr. Pr.“ gebrachten Entwürfe zur internationalen Plattform Stellung nehmen, wie auch darüber beraten, wie die Beiträge zur internationalen Widerstandskasse aufzubringen sind, da bekanntlich gesetzlicher Hindernisse wegen, die Beiträge nicht aus Vereinsmitteln gedeckt werden können.

### Die Fäuser-Kommission.

### Zeugen gesucht!

Diejenigen Kollegen, welche in der Firma B. Pekar in Bingen a. Rh. vor Ausbruch des Streiks (im September v. J.) gearbeitet haben, werden gebeten, ihre Adresse dem Unterzeichneten mitzutellen. Conrad Müller, Schleich-Verlag.

### Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die neuesten Fäuserungsversuche.

Bereinigungen von Arbeitern zur Wahrung ihrer Interessen, vor allem gegen die Unternehmer, finden wir schon im Mittelalter als die Zünfte sich abzuschließen begannen und die Wahrheitsgemäßheit für Lehrling und Geselle, Meister zu werden, geringer wurde. So lange Lehrling und Geselle wußten, daß sie nach Ablauf bestimmter Fristen Meisterrecht und Meisterbefugnis erlangen würden, war kein Raum für Interessenkämpfe zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ vorhanden, letztere hatten gar nicht den Wunsch, die Rechte der Meisterschaft irgendwie zu schmälern. Aber schon damals gab es Vereinigungen von Gesellen zur Verflechtung religiöser Bedürfnisse, sowie der Kranken- und Armenpflege, sie nannten sich Bruderschaft. Als den Gesellen der Weg zum Meistertum erschwert wurde, vor und zur Zeit der Reformation, wurden aus diesem öffentlichen religiösen Hilfsklassen meist geheime Kampforganisationen, Gesellenverbände. Der Mittelpunkt derselben war die Trintstube, für die seit dem 17. Jahrhundert der noch heute gebräuchliche Ausdruck Herberge besteht.

Die Höhe der Beiträge scheint nicht sehr geschwankt zu haben, sie betragen für Gesellen ca. 3,2 Tagelohn, für Ausgelernte 1,6 Tagelohn im Jahr. Die verschiedenen Einnahmen, Beiträge, Strafgelder u. wurden für gemeinsame Zwecke verwendet, für Unterstüßungen und für Vergnügungen, für Arbeitslose und Stiche, für Spenden und für Ehrengeschenke. Die Lohnfrage führte bereits früh zu Konflikten zwischen Meistern und Gesellen, es waren Kämpfe gegen die Lohnfestsetzungen der Zünfte, der Gewerbe oder der einzelnen Meister; Kämpfe, die nicht nur die Lohnhöhe, sondern auch die Lohnform und die Arbeitszeit und zwar die tägliche als auch die wöchentliche, die Zahl der Feiertage und dergleichen zum Gegenstand hatten.

Großen Wert legten die Gesellen auf die Organisation des Arbeitsnachweises nicht bloß im Interesse der Arbeitsuchenden, sondern auch in dem der gesamten Gesellschaft, bot es ihnen doch die Möglichkeit, mißliebige Meister zu blockieren, ganze Städte in Verruß zu erklären und so Zünfte und Meister ihren Forderungen willfährig zu machen.

Die Anwendung dieser oft mit größter Schärfe angewandten Kampfmittel war nur dadurch möglich, daß die Gesellenverbände über große Teile Deutschlands verbreitet waren, von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte abhielten und so fest zusammenstanden, daß sie im 16. Jahrhundert selbst die Durchführung von Reichsgesetzen verhindern konnten, die gegen die Gesellenverbände gerichtet waren. Mit der Verstärkung der Landeshoheit wurde der Ausrottungskampf gegen die Gesellenverbände immer schärfer betrieben. Das Reichsgutachten von 1672 setzte Strafen für Ausstand und Vertragsbruch fest, richtete sich gegen Berufsverkündigungen und beseitigte die Gesellenverbände mit eigener Gerichtsbarkeit. Mit der wirtschaftlichen Umwälzung, die durch das Konfessionswesen, staatliche Monopole, Ausdehnung des Marktes gekennzeichnet ist, begann das Arbeitsverhältnis andere Gestalt anzunehmen. Der Geselle, der wandernde Handwerksbarthe, war nicht mehr der alleinige, bald auch nicht mehr der wichtigste Repräsentant des Lohnarbeiters. Aber vielmehr verloren die Gesellenverbände ihre Bedeutung durch die wirtschaftliche Entwicklung als durch die grausamen Strafen. Von letzteren bleibt uns die preussische Handwerksordnung von 1733 Kunde, welche die schärfsten Strafen, Gefängnis, Zuchthaus, Festungsbau für Ausländische, Boykott u. s. w., ja für Reitente sogar den Tod festsetzte. Unwandelhaft haben aber bis in die letzten Jahrzehnte die alten Gesellenverbände existiert, softe doch am 3. Dezember 1840 die deutsche Bundesversammlung Beschlüsse gegen Gesellenverbindungen, Gesellengerichte und Berufsverkündigungen, dergleichen die allgemeine preussische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845.

Im Jahre 1840 fand in Lübeck ein großer Prozeß gegen eine geheime Gesellenverbindung der Maurer statt, aus dessen Protokollen hervorgeht,

daß die Maurer Deutschlands eine festgefügte, mächtige Organisation hatten, deren Einfluß bis nach Dänemark und Norwegen und nach den russischen Ostseeprovinzen reichte. Im Verlaufe von 3 Jahren hatte die Wäbeler Gesellenverbindung 473 Briefe gewechselt, die 61 verschiedene Streikfälle betrafen. Die Teilnehmer an der Verbindung wurden bestraft und des Landes verwiesen. Doch damit war die Verbindung nicht zerstört, sie wurde aufrecht erhalten und schon im Jahre 1842 wurden auf neue Klagen laut über den Terrorismus, welchen die Verbindung wandernder Maurergesellen wieder auf Meißer und Amt ausübte.

Alles spricht dahin, daß die Ausläufer der alten Gesellenverbände erst in der modernen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gänzlich aufgingen.

Ihre frühere große Bedeutung hatten die Gesellenverbände schon verloren als das Fabriksystem in Deutschland Eingang gefunden hatte, jedenfalls waren Fabrikarbeiter nur ganz ausnahmsweise Anhänger von geheimen Gesellenverbänden. Die moderne Arbeiterbewegung in Deutschland knüpfte auch gar nicht an die Ausläufer der mittelalterlichen Arbeiterbewegung an, sie nahm vielmehr einen politischen Charakter an. Jassalle stellte das allgemeine Wahlrecht, die Staatschilfe, die politische Organisation der Arbeiterklasse als Zielpunkt seiner Agitation auf. Wohl hat Liebknecht, als er 1862 aus dem englischen Exil nach Deutschland zurückkehrte, seine erste Tätigkeit den Gewerkschaften gewidmet. Er brach für sie die erste Lanze, indem er im Berliner Buchdruckerverein und in anderen Vereinen eine Reihe von Vorträgen über die englischen Gewerkschaften hielt und die Bildung ähnlicher Organisationen in Deutschland empfahl. Diese Bemühungen mußten solange auf äußerliche Erfolge warten, bis durch die Abschaffung der Koalitionsverbote die Grundlage für eine gedeihliche, öffentliche Gewerkschaftsbewegung gegeben war. Nachdem 1861 in Sachsen das Koalitionsverbot aufgehoben war, wurde um 1865 von B. Fritzsche der Tabakarbeiterverein und 1866 der Verband der deutschen Buchdrucker gegründet. Aber erst die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 schuf für das Gebiet des norddeutschen Bundes die nötigen Grundlagen für die Gewerkschaftsbewegung durch theoretische Anerkennung der Koalitionsfreiheit, während freilich — und bis zur Gegenwart — der Koalitionsverabredung der staatliche Schutz vorenthalten wurde, und wie es in den Motiven zur Gewerbeordnung heißt, „der im Interesse der Freiheit notwendige Schutz gegen den Mißbrauch, die freie Entschließung der Arbeiter durch Drohungen und Anmaßung von Gewalt zu beeinträchtigen, in einer Strafbestimmung gesucht wird“.

(§ 153 der Gew.-Ord.) Freilich wurde die formell zugestandene Koalitionsfreiheit jedoch immer wieder durch die beherrschende Praxis durchbrochen, vor dem Sozialistengesetz durch die Auslegung der Vereinsgesetze, unter dem Sozialistengesetz durch dieses und dem Puttamer'schen Streikerlaß vom 11. April 1886, nach dem Sozialistengesetz durch Auslegung der Vereinsgesetze und Strafrechtsparagrafen von der Nötigung, der Erpressung und dem groben Unfug. Soviel Handhaben die verlauselte Koalitionsfreiheit zur Beschränkung der gewerkschaftlichen Kämpfe auch bot, so war doch ein Boden geschaffen. Dieser Boden blieb keinen Augenblick brach liegen.

Schon unter dem Sozialistengesetz hatte die Frage nach der besten Organisationsform die Gewerkschaftsbewegung stark beschäftigt, in fast allen Gewerben gab es neben Zentralorganisationen auch Lokalorganisationen. Im Baugewerbe führte das Nebeneinanderbestehen von zentralen und lokalen Organisationen zu den heftigsten, die Verwinnung der Indifferenten und die Erstärkung dieser Bewegung hindernden Kämpfen. Daß diese Debatten und Kämpfe um Außerlichkeiten die Entfaltung der Kraft vieler Gewerkschaften hindern konnte, war nur in Deutschland möglich, dessen 26 Einzelstaaten 21 verschiedene Vereinsgesetze und mindestens 26 verschiedene Handhabungen derselben besaßen.

Bei der Frage, ob lokale oder zentrale Organisation, liegt der Schwerpunkt für die Anhänger der Lokalorganisation in der Frage: Wie entgeht man am besten polyzeitlichen Gefahren und Auflosungen, während für die Zentralorganisiererten die Frage maßgebend ist: Wie organisiert man über

das ganze deutsche Reich die Arbeiter eines Gewerbes, um den ebenfalls zentralistisch organisierten Unternehmern entgegenzutreten zu können. Theoretisch hat die Lokalorganisation sicherlich Vorzüge, weil sie innerhalb des Lokalvereins eine größere Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Behandlung „öffentlicher Angelegenheiten“ besitzt und weil die Auflösung eines Lokalverbandes für die übrigen Vereine keinerlei Nachteile zur Folge hat. Dagegen ist die Beschränkung bei der Aufnahme von Mitgliedern auf männliche, in Sachen auch auf majoräre, ein Nachteil, ebenso wie die Unmöglichkeit, mit anderen Lokalorganisationen am Orte oder an anderen Orten zusammenzutreten.

Ferner ist die Pflege des UnterstützungsweSENS beschränkter, die Regelung der Wanderunterstützung und dergleichen wird erschwert, die Sammlung von Geldern wird selten so erfolgreich sein, wie bei den Zentralvereinen. Im allgemeinen haben sich in der Praxis die Zentralorganisationen mehr bewährt und raschere Fortschritte gemacht, wie die Lokalorganisationen, wobei freilich zu bemerken ist, daß (z. B. in Sachsen) die Zentralorganisationen vielfach von der Errichtung beziehungsweise Erhaltung von Filialen absehen und durch Einzelmitglieder und Vertrauensmänner die Verbindung mit der Zentrale aufrecht erhalten müssen.

Die Organisationsfrage war es, die gleich nach Ablauf des Sozialistengesetzes Anlaß zum Zusammentritt von Vertretern deutscher Gewerkschaften gab. Am 16. November 1890 fand eine diesbezügliche Konferenz auf Veranlassung des Vertrauensmannes der deutschen Metallarbeiter in Berlin statt. Die Beratungen führten zur Einsetzung der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands mit dem Sitze in Hamburg. Fortgesetzt wurden die Verhandlungen auf einer Konferenz in Halberstadt (7. September 1891) und auf dem Halberstadter Gewerkschaftskongress (März 1892).

Die General-Kommission sollte alle Abwehrstreiks unterstützen, einen Plan für die Reorganisation der Gewerkschaften ausarbeiten, hierzu einen allgemeinen Gewerkschaftskongress einberufen und die Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern betreiben.

Auf der Halberstädter Konferenz wurde beschlossen, daß jede Gewerkschaft pro Mitglied und pro Quartal 3 Pfg. an die General-Kommission bezahlen sollen. Schluß folgt.

### Das Übergewicht der amerikanischen Industrie.

Von Simon B. Hanauer, Philadelphia.

Der deutsche Kaiser hat vor einigen Jahren durch eine Reiskung die Gefahr zur Anschauung gebracht, die den Völkern Europas von asiatischen Orien droht; ein zweites Bild: „Den Aufschwung Amerikas und die Anflutung aus Westen“ darstellend, würde ein passendes Pendant zu der ersten Reiskung sein. Daß diese „Gefahr aus Westen“ heutig ist und verhängnisvoller für Europa als die ostasiatische, wird deutlich erweisen durch einen Bericht des amerikanischen Generalkonsuls Wilson zu Frankfurt a. M., welcher ein klares Bild gibt über die Ausdehnung der amerikanischen Konkurrenz auf den heimischen Märkten der europäischen Industrie. General-Konsul Wilson, der anerkannt der fähigste Beamte des Konsulardienstes ist und sich durch seine wissenschaftlichen Berichte ausgezeichnet hat, besitzt große Erfahrung im wirtschaftlichen Leben und hat langjährige und eingehende Studien auf industriellem und technischem Gebiete gemacht. Seine Ausführungen in diesem Berichte über „Amerikanische Konkurrenz in Europa“ werden deshalb auch in Europa einen tiefen Eindruck hervorbringen.

Das „Auswärtige Amt“ zu Washington“ veröffentlicht Wilson's Bericht in einem Frühdruckbogen (Advance sheet), dem ich folgende Hauptpunkte entnehme: Das soeben zu Ende gegangene Jahr wird in Erinnerung bleiben als eine Epoche im Handelsverkehr und in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Hauptländern Europas und den Vereinigten Staaten.

Thatsächlich ist im Jahre 1891 die Anerkennung der Wahrheit erzwungen worden, daß in mehreren Zweigen der industriellen Produktion — besonders in Stahl und Eisen — das ökonomische Gepter den Händen Europas entwunden und von Amerika erglänzt worden ist.

Selt Jahren haben europäische Volkswirte gegen das Endresultat gekämpft, welches jetzt von praktischen Menschen angenommen werden muß. Früher wurde in Europa argumentiert, daß die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkt nie eine ernsthafte, dauernde Konkurrenz mit der europäischen Konkurrenz bestehen könne, weil ihr zu viele Schwächen anhaften, z. B. unsere protektionistische Zollpolitik, welche als „falsch“ erklärt wird, die unmäßige hohen Arbeitslöhne, die wir zahlen, die kostspielige Lebenshaltung, der Mangel an technischer Erziehung — lauter Momente, die das Produkt, an dem Arbeit ein Hauptbestandteil ist, verteuern; die europäische Industrie ist dagegen überwiegend im Vorteil

wegen der dort existierenden niedrigeren Arbeitslöhne und einfacheren Lebensweise und weil sie über gedulde, an lange Arbeitszeit gewöhnte Arbeitermassen verfüge, dabei gäbe es Gegenden, deren Bevölkerung seit vielen Generationen in spezifischen Fabrikationszweigen anezogen worden sei. Aber es hat sich gezeigt, daß unter intelligenter fortgeschrittener Verwaltung hochbezahlte Arbeitskraft schließlich die billige ist, besonders bei komplizierter Maschinertätigkeit.

In dem Wettrennen um die Erlangung der Vortehrhaft auf wirtschaftlichem Gebiete sind die schwerfälligen, verpörrten Völkerschaften der alten Welt hinter der Nation zurückgeblieben, die die wirtschaftliche Aufgabe der „Bewertung und Erparnis der Arbeitskraft“ zur exakten Wissenschaft gemacht hat.

Herr Jeans, Sekretär des britischen Eisengewerbeverbandes, ein Experte (Sachverständiger) und höchste Autorität in diesem Geschäftszweig, sagt: „Wir sind Fälle bekannt, wo sich die Arbeitskosten in der Produktion von Eisenknäpeln und Schienen in den Vereinigten Staaten um 25—35 Proz. pro Tonne niedriger stellten als der billige Kostenpunkt, der je in einem europäischen Eisenwerke erreicht wurde, trotzdem daß der amerikanische Arbeitslohn beträchtlich höher ist.“

Ein anderer europäischer Experte, der die Industriebezirke des Rhens in der Union besuchte, um das Geheimnis der Ueberlegenheit der amerikanischen Schußfabrikation zu ergründen, macht die erstaunliche Erklärung, daß in einer Schußfabrik in Massachusetts, die er besuchte, wo der durchschnittliche Wochenlohn der Arbeiter auf 15 Dollars sich stellte, die Arbeitskosten pro Paar Schüge 40 Cents ausmachten, während in deutschen Schußfabriken, wo der Durchschnittslohn der Arbeiter nur 3,80 Dollars (16 Mk.) pro Woche ist, die Arbeitskosten in einem Paar Schüge sich auf 58 Cents stellten. Diese Tatsachen haben während des vergangenen Jahres eine merkwürdige Aenderung der Ansicht bei Fachschriften-Redaktionen und bei den intelligenteren Fabrikanten Europas hervorgerufen, wodurch ihnen die wachsende Gefahr der transatlantischen Konkurrenz zur Erkenntnis kam.

Bisher hatten sie sich eingeredet und daran geglaubt, daß, wenn das zeitweilige Hindernis des amerikanischen Hochschußzolls nicht bestände, sie die Union ebenso wie ihre anderen Weltmärkte mit europäischen Fabrikzeugnissen versehen würden, wobei die Vereinigten Staaten ihre frühere Funktion als Lieferanten von Lebensmitteln und Rohprodukten weiter beibehielten.

Aber jetzt wird erkannt, daß noch etwas anderes als der Hochschußzoll einwirkt, wenn Bessere Hoffen in Amerika um 10—15 Schilling pro Gewichtstone billiger hergestellt wird als in England, was dazu führt, daß Pennsylvaniaer Stahlfabrikanter die Orde für Lieferung von Eisenmaterial und Geschossen von der Londoner unterirdischen Eisenbahn-Gesellschaft erblieben, sowie auch den Abschluß für 8000 Tonnen Stahlgeschossen für Gebrauch der ostindischen Regierung. Auch ist es keineswegs fiktalischer Hülfeleistung zuzuschreiben, welche die Maschinenwerte von Philadelphia, Pittsburg und Chicago in den Sand setze, ihre Lokomotiven, Maschinen für Bergwerke und elektrische Leitungen, Straßenbahnen und architektonische Strukturen z. unter der Nase von britischen und deutschen Konkurrenten in Südamerika, Australien und den südafrikanischen Ländern abzuliegen.

Vor drei Jahren begten deutsche Fabrikanten noch die ehrliche Ueberzeugung, daß — wenn der Schußzoll nicht hindernd im Wege stände — sie und ihre englischen Rivale den amerikanischen Markt für ihre Fahräder und Nähmaschinen besetzen und behaupten könnten. Seitdem ist das amerikanische Fahrader in jeden Hauptmarkt eingedrungen, und nicht nur seine vorzüglichere Qualität, sondern auch seine Preiswürdigkeit hat die amerikanische Konkurrenz in Deutschland so einschneidend gemacht, daß die heimischen Fabrikanten an die deutsche Regierung das Verlangen stellen, einen besonders hohen Zoll vor amerikanischen Fahrädern zu erheben zur Erhaltung der heimischen Produktion.

### Herstellung von Autographien mittelst fettfreier Tinte

von Eugen Meyer in Breslau.

D. R. P. Nr. 92652.

Bei dem bisher üblichen Verfahren zur Herstellung autographischer Abzüge verwendet man fetthaltige Tinten. Diese zeigen jedoch mehrfache Uebelstände. Infolge ihrer Dickflüssigkeit findet häufig ein Verlaufen der Tinte beim Schreiben statt, es kann daher nur langsam und mit großer Vorsicht geschrieben werden. An der Luft trocknet die Tinte rasch ein und es können infolge dessen scharfe Abzüge nicht mehr erhalten werden. Ein Ausbrennen mit derartigen Tinte angefertigter Schriftzüge oder Zeichnungen ist daher ausgeschlossen. Die Tinte drückt sich leicht ab und es können deshalb mit solcher Tinte beschriftete Blätter nicht gefaltet oder ohne besondere Zwischenlage über einander gelegt werden. Diese Uebelstände sollen durch das vorliegende Verfahren vermieden werden.

Das Wesen des neuen Verfahrens besteht darin, daß zum Schreiben oder Zeichnen eine fettfreie Tinte benutzt und der zur Herstellung der Abzüge erforderliche Fettsäure erst nachträglich, kurze Zeit vor dem Abziehen selbst, auf die Schrift gebracht wird.

Zum Schreiben eignet sich am besten eine Auflösung von Scheel in Wasser mit einem Farbzusatz, beispielsweise Carminlack, Indigoblau oder dergl. In 1/1 Wasser erwärmt man 60 g Scheelack und 20 g Wasser unter stetem Umrühren. Farbe kann nachher beliebig zugegeben werden. Diese Tinte läßt sich, wenn zu dick, beliebig mit kaltem Wasser verdünnen, jedoch soll eine

Verdünnung nur so weit erfolgen, daß die Schriftzüge nach dem Trocknen, gegen das Licht gehalten, noch glänzen.

Der Fettsäureerfolg erfolgt erst kurz vor dem Abziehen selbst.

Das Blatt wird mit einer Lösung von 1/4 l gewöhnlicher Phosphorsäure in 3/4 l Wasser befeuchtet, und zwar je nach der Stärke des Papiers auf der Vorder- und Rückseite. Nachdem die Säure in das Papier eingebracht ist, wird der Ueberfluß abgewischt.

Diese Phosphorsäurelösung färbt das Original an den unbeschriebenen Stellen besser als Gummi, wodurch ein mehrmaliges Benutzen auch bei an sich weniger geeignetem Papier und die Verwendung einer ganz schwachen Gummilösung ermöglicht ist.

Nach dieser Vorbereitung wird das Blatt mit einer dünnen Lösung von Gummi arabicum oder einem anderen Klebstoffe überzogen. (Auf 1 l Lösung ca. 150 g reines Gummi arabicum oder 150 g Glycerin.)

Hierauf wird der Schriftzug mit einer beständigen fetthaltigen, zweckmäßig mit Lavendelöl verdünnten Umbrudfarbe eingetrieben. Es empfiehlt sich hierbei, die Umbrudfarbe nur soweit zu verdünnen, daß dieselbe etwa die Konsistenz von nicht zu weicher Butter hat. Bei Bedarf breitet man etwas auf den Farbstein oder einer Metallplatte aus, spritzt einige Tropfen Lavendelöl darüber und reibt das Ganze mit einem weichen Schwämme gut durcheinander. Unmittelbar darauf nimmt man das Anreiben vor, nachdem das Original schon während dieser Manipulation unter Säure gehalten hat.

Sobald sämtliche Stellen des Schriftzuges die Umbrudfarbe richtig angenommen haben, wird das Blatt mit Wasser abgewaschen, abgetrocknet und auf einen einfach geschliffenen Stein übertragen. Eine besondere Präparation des Steines ist nicht erforderlich, während das bisher übliche Verfahren bekanntlich eine sehr umständliche Präparation nötig machte. Die Abzüge können alsdann in üblicher Weise fertiggestellt werden.

Die nach dem neuen Verfahren hergestellten Abzüge erhalten eine außerordentliche Schärfe, ein Wässern durch Quecksilber oder Breiwürden der Schriftzüge ist ausgeschlossen. Das Original kann bei zweckmäßiger Wahl des Papiers wiederholt benutzt werden. Am geeignetsten erscheint ein Papier, welches nach dem Anfeuchten eine glatte Oberfläche behält, beispielsweise dünnes Post- oder Kangleypapier. Infolge des Fortfalls der Präparation des Steines mit Terpentin wird es ermöglicht, auf bemalten Steine zugleich mit den autographischen Abzügen Lithographien zu übertragen.

Patent-Ausführung:

Herstellung autographischer Abzüge, dadurch gekennzeichnet, daß zur Anfertigung des Originals eine fettreiche Tinte, bestehend aus einer gefärbten wässrigen Schellack-Lösung, benutzt wird, und der zur Uebertragung erforderliche Fettsäureerfolg erst nachträglich, kurz vor der Uebertragung selbst, erfolgt, indem man das Original nach dem Feuchten mit Gummilösung oder dergl. mit verdünnter fetthaltiger Umbrudfarbe einschmägt.

Antwort an F. H.

Die Erwiderung des Herrn F. H. soll doch wohl nur dazu dienen, seine gemachten Ausführungen in Nr. 2 der „Gr. Pr.“ abzuschwächen. Das ist natürlich vergebens, denn eine derartige Ausführung ist und bleibt eine Arroganz, wenn man jemand, der eine weitergehende Ansicht ausspricht, kurzschichtig und gedankenlos nennt.

Herrn F. H. ist es ja nun schon öfter passiert, daß seine Ausführungen in der „Gr. Pr.“ auf Widerspruch stießen, darum geht ich ihm den Rat, einmal nachzudenken und nicht zu sehr für seine Person eingenommen zu sein, sich auch nicht so sehr aufzuregen. Ich habe die Mitarbeiterchaft des Herrn F. H. an der „Gr. Pr.“ stets geschätzt, trotzdem die Artikel über seine Tätigkeit weit auseinandergehen, darum möge er mich mit solchen Reden versehen wie: seine Artikel erregen meinen Zorn und meine Ausführungen wären demagogisch.

Was ich zu tabeln nötig fand und auch stets thun werde, war, daß der Artikel des amerikanischen Kollegen von F. H. so wegzureisen behandelt und kurzschichtig und gedankenlos genannt wird, trotzdem der amerikanische Kollege längst die Ideen der Wiederbelebung der Lithographie zum Ausdruck gebracht hat und dann aber jetzt, was eigentlich noch alles unbeachtet beiseite liegen bleibt.

Ich wiederhole noch einmal, daß ich den Artikel des amerikanischen Kollegen höher schätze, als den des Herrn F. H., weil er alles das schon enthält, was F. H. in seinem Artikel über die Wiederbelebung der Lithographie sagt und die Verhältnisse in richtiger Deutlichkeit schildert und demgemäß ein Prognosestimm stellt, hingegen resumiert F. H. einfach: „Die Jünger Seneiders können getroffen in die Zukunft schauen“.

Möge F. H. hieraus lernen, daß es besser ist, jedem geredet zu beurteilen, genau so wie er es für sich verlangt. Im übrigen ist die Sache für mich hiermit erledigt.

R. Sch.

Korrespondenzen.

Bielefeld. In der Firma E. Gumbelach wurde die Arbeitszeit durch das Vorgehen der Buchbinder auch bei 2 Steinrudern von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt. Buchdrucker und Lithographen hatten früher 9-stündige Arbeitszeit, welche auf 9 1/2 Stunden verlängert wurde. Den 2 Lithographen wurde nach längerer Unterhandlung diese halbe Stunde als Ueberstunde bewilligt. Die Buchdrucker stellen ebenfalls das Verlangen, diese halbe Stunde als Ueberstunde bezahlt zu erhalten, welches aber abgelehnt wurde, worauf diese die Arbeit einstellen.

Gabelstadt. In der Firma L. Koch war beabsichtigt die Accorarbeit einzuführen, nachdem die Kollegen sich

dagegen wehrten, zog die Firma ihr Verlangen wieder zurück.

Mannheim. Die am 20. Februar in Glimberg Lokal stattgefundene Versammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit der Urabstimmung. Hierbei bemerkte der auf der Konferenz gewählte Delegierte, daß der in Nr. 6 der „Gr. Pr.“ erdichene Artikel der Verabstimmung bedarf. Die Konferenz hatte wohl beschloffen, den Betrag auf 30 Pf. zu erhöhen ohne Arbeitslosenunterstützung, dies war jedoch eine eigene Anschauung der Delegierten. Bessere waren von ihren Zahlstellen beauftragt für eine Beitragserhöhung auf 40 bez. 50 Pf. mit Arbeitslosenunterstützung einzutreten, jedoch bei der Abstimmung, mit Ausnahme der Delegierten von Mannheim und Straßburg, stimmten dieselben gegen ihren Auftrag. Jedem logisch denkenden Kollegen müßte es klar sein, daß mit 30 Pf. pro Woche keine Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden kann, ohne dem Verein zu ruinieren. Die Urabstimmung wird es zeigen, wie wir uns, spez. Mannheim, zu dieser Frage stellen werden.

G. A.

Nürnberg. Am 16. Februar tagte im Restaurant West eine ordentliche Mitglieberversammlung des Seneider-Bundes. Dieselbe war von 128 Mitgliedern besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung; 2. Neuwahl der Verwaltung; 3. Bundesangelegenheiten. Der Bericht des Kassierers Kollegen Selzer fand die Zustimmung der Anwesenden, welche dem Kassierer Bedaque erteilten. Die Neuwahl der Verwaltung hatte folgendes Resultat: Swatosh, 1. Vorr.; Selzer, Kass.; Berrthner, Zimmermann, Reibert, Jakobson, Böschinger und Bernhardt als Beisitzer; Haber, Kohnig und Späth als Revisoren. — Ferner wurde beschloffen, das 25-jährige Bestehen des Seneider-Bundes festlich zu begehen. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission aus 7 Mann bestehend, gewählt, welche die Vorbereitungen zu erledigen hat. Es wurde ferner in den Beratungen bezüglich der Vereinigung des Seneider-Bundes mit dem Verein der graph. Arbeiter u. eingetretten und hatte dazu Kollege Haber das Referat übernommen. Derselbe führte aus: Wenn man das allgemeine Interesse der Kollegen im Auge hat, so ist es notwendig, die Ansichten der Kollegen, welche in den beiden folgerichtigen Vereinigungen zum Ausdruck gebracht wurden, zu beachten und zu hören, ob es möglich ist, nur eine große Organisation zu schaffen. Man hat beobachtet, daß einige Kollegen nur alle die Nachteile zusammenzählen, welche ein Verschmelzen bringen könnten, ohne auch die großen Vorteile zu zeigen und damit gegen eine Sache agitieren, welche bereits in großen Kreisen der Kollegen Sympathie besitzt. Wenn gelagt wird, daß die Kollegen der beiden Vereine nicht die gleichen Interessen haben, so muß zweifellos gesagt werden: das ist falsch. Die Interessen des Lithographen oder Steindruckers im Verein der graph. Arbeiter sind genau dieselben, wie die Interessen der Lithographen und Steindrucker im Seneider-Bund, nur mit dem Unterschiede, daß der erstere es begriffen hat, daß Interesse seiner Klasse zu vertreten und wenn nötig auch zu verteidigen. Ja er kämpft sogar noch direkt für seine Kollegen im Bunde mit. Es ist doch sicher, daß eine Arbeiterkategorie, ohne Unterschied zwischen besser und schlechter bezahlten Arbeitern, nur gemein in am ihre Lebenshaltung erhalten oder verbessern kann. Wenn wir bedenken, daß der Bund zu seinen 5000 Mitgliedern 25 Jahre gebraucht hat und die Organisation zu derselben Anzahl nur 7 Jahre, so ergibt sich daraus ungefähr ein Wertmaß für beide Vereine, nämlich, daß die Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch viel wichtiger ist, als die Versicherung gegen Krankheit. Diese gesunde Auffassung bricht sich unter den Kollegen immer mehr Bahn. Daß eine Verschmelzung nur mit Willen der Mehrzahl der Mitglieder beider Vereine stattfinden kann, ist selbstverständlich. Ebenso müßten denjenigen Kollegen, welche nur einem Verein angehören wollten, ihre Rechte gewahrt werden. Man kann vergleichsweise die Verschmelzung der Zentralantenne mit der Zentralantenne anführen. Die ganz bedeutenden Vorteile dürften zunächst in dem einheitlichen Ausbau des Unterstützungsweises liegen. Der Verein der graph. Arbeiter wird wohl sicher die Arbeitslosenunterstützung auch einführen. Wenn gelagt wird, daß das kann ja unterbleiben, so muß erklärt werden, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine tatsächliche Notwendigkeit ist, wie ja in den meisten Gewerkschaften das Unterstützungsweises weiter ausgebaut wird. In Zeiten allgemeinen schlechten Geschäftszustandes dürften sich dann beide Kassen verbluten, indem sich bei großer Arbeitslosigkeit die Zahl der Kranken ebenfalls rasch steigert. Dazu kommen die hohen Verwaltungskosten für beide Vereine; wir dürften im vorliegenden Jahre nahezu Mk. 18000 lokale und zentrale Unkosten in beiden Vereinen gehabt haben. Daß sich da bei einheitlicher Verwaltung ersparende Tausende ersparen ließen, ohne eine bezoldete Kraft weniger zu haben, ist klar. Wenn nun gelagt wird, nach einer Verschmelzung müßte das Gesundheitsamt des Arztes sowie die Altersgrenze fallen und sei dadurch die Kasse bedeutend geschädigt, so ist das ebenfalls unbedingt zu verneinen, indem durch eine entsprechend höhere Karenzzeit die Kasse besser geschützt ist, als durch eine flüchtige ärztliche Untersuchung. Es ist nicht schwer eine Krankenkasse zu verwalten und den Arzt zu lächeln. Die Altersgrenze könnte für Kranken- und Invalidenfasse auch beibehalten werden, der im hohen Alter stehende Reueintretende hätte dann immer noch den Genuß der Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Daß die verschiedenen Landesgesetze unseren Plan verhindern sollten, ist kaum zu bestrafen. In Bayern und Sachsen wird ja gegenwärtig eine toleranter Auslegung des § 153 seitens der Regierung geplant. Es muß hier wieder auf die Buchdruckerorganisation verwiesen werden. Im übrigen brauchen wir ja die Vereinskasse nicht auf der Reiskasse zu deponieren. Soll uns aber die Furcht vor einer event. Reaktion auf einen weiteren Ausbau verhalten lassen? Nein! Gesetze werden nicht so rasch geschaffen, daß man nicht Gegenmaßregeln ergreifen

kann. Ein Kollege in Berlin hat auch noch gemeint, daß eine Verschmelzung ganz unmöglich sei, weil zu einem solchen Beschluß im Bunde eine 2/3 Majorität zur Auflösung nötig ist. Das ist nun ganz hinfällig, der Bund braucht ja nicht aufgelöst zu werden, da nimmt man einfach die Organisation zur Lösung und ändert im Bund den Namen nebst Statuten. Das die Bundesmitglieder in einem vereinigten Verband so schreckliche Opposition machen würden, daß der eigentliche Zweck einer Gewerkschaft verloren ginge, ist absurd. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wirken da mächtiger als die Kombinationen des Kollegen Böhring. Bezüglich der Arbeiterinnen läßt sich auch ein Ausweg schaffen, indem z. B. der Buchbinderverband gern bereit wäre, unsere weiblichen Mitglieder zu übernehmen. Auf diese Weise läßt sich etwas Ersprießliches für alle schaffen. — Kollege Rudolph geht in längeren Ausführungen auf die Sache ein und weist nach, daß es durchaus nicht so unmöglich ist, eine Verschmelzung herbeizuführen. Selbstverständlich gehe das nicht so rasch, sondern bedürfe noch einer großen Agitation und gründlicher Vorbereitungen. Redner verliest einen provisorischen Statuten-Entwurf, wie er sich die Sache denkt. Es müßte z. B. in dem gemeinsamen Statut heißen: Für Kranke, Invaliden u. eingetragene Unterstützungsgehälter dürfen zu Lohnbewegungen nicht verwendet werden. Damit würden alle Bedenken der Bundesmitglieder beseitigt. Wir könnten bereits auf der Generalversammlung der graph. Arbeiter in Frankfurt a. M. viel vorbereiten. Im übrigen stimmt Redner den Ausführungen des Referenten zu. Der Vorliegende Statutisch begrüßt die angebotene Vereinigung, indem eine solche das Ideal der alten im Bunde war, eine große Vereinigung zu verschaffen. Nur dann könnte etwas richtiges geleistet werden. Die Kollegen Rieg und Wertner äußerten sich in demselben Sinne. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im „Restaurant West“ tagende ordentliche Mitglieder-Versammlung der Mitglieder des Seneider-Bundes des deutschen Seneider-Bundes erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten dahingehend einverstanden, daß eine Vereinigung des Seneider-Bundes mit dem Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen allen Erstes anzustreben ist. Die Verschmelzung der beiden Vereine ist eine große Aufgabe, die durch eine große Vereinigung viel Ersprießliches für die Kollegen erzielt werden kann, als dies jetzt bei zwei getrennten Vereinen möglich ist. Der Hauptvorstand des deutschen Seneider-Bundes möge mit dem Hauptvorstand des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der Generalversammlung im Mai d. J. zu Frankfurt a. M. zu einer Sitzung zusammenzutreten, um über die Vereinigung Beratungen zu pflegen.“

Wien. Bezugnehmend auf die Aeußerung der Innsbrucker Kollegen bemerken wir folgendes: Die Herren sträubten sich dagegen, daß man die Vermutung ausspricht, sie seien nur ein „Zug- und Spielfuß“. Und wir behaupten diese Aussage jetzt noch mehr als früher, weil wir wissen, daß Herr Zweifel der Mader dieser kurlosen Innsbrucker Organisation, in der einschließenden Versammlung den Antrag stellte, „ermas Geheiltes zu schaffen und alle ernstlichen Bestrebungen bei Seite zu lassen.“ Weiter steht in dem Eingelände: „es ist unwar, daß die 3 angegriffenen Funktionäre Schuld tragen, daß am diesigen Plage eine moderne Organisation nicht zu Stande gekommen ist.“ Nun da möchten wir dem Gedächtnis der Innsbrucker Herren Kollegen zu Hilfe kommen. Am Freitag, den 15. Oktober 1897 fand in der Gewerkschaftskommission in Innsbruck eine Sitzung statt, zu welcher auch die graphischen Arbeiter Innsbrucks geladen waren, um die Meinung derselben über die Gründung einer Filiale des Vereins der graphischen Fächer der Österreich. Alpenländer zu erforschen. Es erschienen dort die Herren Zweifel, Mader, Kremler und 4 andere Kollegen. Von diesem meiste sich ein im scheidenden Accent sprechender Lithograph (Herr Mader?) zuerst zum Wort und führte aus, daß die Innsbrucker Lithographen, Steindrucker u. nicht daran denken, sich dem Grazer Verein anzuschließen, sondern sie wollen nur einen lokalen Klub gründen, wo sie „ihren“ wirtschaftlichen Standpunkt vertreten wollten; mit Politik wollten sie sich nicht befassen, denn das sei Schwundel und Betrug, die Gewerkschaftskommission müsse sich die Auffassung ersparen und wenn sie sich auch nicht der Organisation anschließen, sind sie dennoch bessere Sozialdemokraten. — Gleich darauf sprach Redner von „die Exzellenz auf Spiel setzen“ und dergleichen Redensarten mehr. Auch erwähnte derselbe, daß er in Wien vom Verband keine Reiseunterstützung erhalten habe, er wüßte also demnach gar nicht, daß in Wien noch gar keine Verbandorganisation besteht. Auch Herr Zweifel sekundierte diesen Redner, indem er bemerkte, er habe in Krautau 6 fl. Einreisebegehör bezahlt und keine Reiseunterstützung bekommen. — Nun wird aber in allen Verbandsvereinen Oesterreichs nur 20 Kreuzer Einreisebegehör erhoben, in Krautau existiert aber überhaupt kein Verbandsverein. Sobann sagten diese Herren, sie werden sich erst miteinander besprechen und das Resultat bekannt geben. Die Gewerkschaftskommission wartet vermußlich bis heute auf eine Antwort, denn die Herren Mader, Zweifel u. s. w. denken nicht daran, aus ihrem „geheilten“ Klub eine ernste Organisation zur Verbesserung der Lage der graph. Arbeiter zu machen. Diese Verbesserung veranlaßt uns auch, nicht weiter auf die Vorwürfe in der Erwiderung aus Innsbruck einzugehen, nur einzelnen möchten wir den dortigen Kollegen antworten. Sie schreiben: „weil wir die Herren Zweifel, Mader u. a. aus den Berichten zu genau kennen, um nicht zu wissen, daß, so lange diese Herren die Innsbrucker Kollegen bearbeiten, jeder Kreuzer Fahrpfen verloren wäre. Dann fragen sie: „Warum wurde vom Verband nicht schon längst in Innsbruck eine Zahlstelle der graphischen Arbeiter errichtet? Antwort: Weil der Verein der österreichischen Alpenländer dazu da

wäre, die Leiter in Graz aber ebenfalls die Innsbrucker Herren Kollegen zu genau kennen und wissen, daß unter den heutigen „aufgefachten“ Verhältnissen alle Mühe vergebens ist. Die Anbeutung, das eine 5 Kreuzer Karte, die an die Redaktion der „Dr. Nachricht“ gelangt wurde, verschwunden ist, ist eben so unanständig als lächerlich und können wir es und wohl eripieren, näher darauf einzugehen. Zum Schluß werden die Herren mit den Worten „Wahrheit, Licht und Gerechtigkeit“ um sich und sagen, daß wir, bevor wir sie aus der Gesamtheit ausgeschieden haben, die Angeklagten erst hätten hören sollen, und da können wir erwidern, daß wir von den Herren genug gehört haben und wir einen Haufen Schriftstücke vor uns liegen haben, die alle beweisen, daß die heutigen Leiter des Klubs in Innsbruck nur einen vereinsmeyerischen Weßelstabsklub, niemals aber einer Kampforgansorganisation zur Verbesserung der Lage der graphischen Arbeiter anstreben wollen.

Für den Verbands-Vorstand der Vereine der gr. Fächer u. verw. Berufe Oesterreichs in Wien:  
 Franz Gehner, Obmann, Gustav A. Heres, Sekretär.  
 Und hiermit Schluß der Debatte. Die Redaktion.

**Wandbesuch.** Am 20. Februar d. J. fand die Generalversammlung der hiesigen Mitgliedschaft des deutschen Geseftes-Bundes statt, wozu außer den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten auch die Verschmelzung des Geseftes-Bundes mit dem Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen und die Feler des 25 jährigen Bestehens des Geseftes-Bundes auf der Tagesordnung standen. Nachdem die geschäftlichen Sachen, als: Abrechnung, Vorstandswahl u. ihre Erleuchtung gefunden hatten, hielt das Mitglied W. Rudolf einen längeren, sehr sachlich gehaltenen Vortrag über die eingangs erwähnte Verschmelzung. Er führte unter anderem an, daß der Geseftes-Bund ursprünglich auch die wirtschaftliche Verbesserung der Lage seiner Mitglieder bezweckte, wozu heute der Zweck des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Durch hemmende Geseftesbeschränkungen sei jedoch der Geseftes-Bund seiner eigentlichen Bestimmungen entzogen und habe sich ganz dem Ausbau des Unterstützungswesens gewidmet, auf welchem Gebiete er unbestreitbare Erfolge verzeichnen könne. Nachdem aber die hemmenden Geseftes gefallen seien, wäre die Frage wohl angebracht, ob es nicht möglich sei, dem Geseftes-Bund seinen ursprünglichen Zwecken zurückzugeben und durch die Verschmelzung beider Vereine ein gemeinsames Handeln zu veranlassen. Am Schluß seiner Rede bat der Vortragende um eine recht sachliche Diskussion über die Angelegenheit. Nachdem Verschiedenes für und gegen die Verschmelzung geredet war, wurde folgende Resolution zur Abstimmung eingebracht:

„Die Mitgliedschaft Wandbesuch des deutschen Geseftes-Bundes erklärt sich in idealer Hinsicht mit der Verschmelzung des deutschen Geseftes-Bundes mit dem Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen einverstanden, abhängig jedoch von den kommenden Bedingungen.“

Die Resolution wurde mit 26 gegen 6 Stimmen angenommen. Betreffs der Feler des 25 jährigen Bestehens des Geseftes-Bundes konnte der vorgeschrittenen Abendstunde wegen kein entgeltliches Rekrutat erzielt werden. Der Vorstand soll sich zwecks gemeinsamer Feler mit der Mitgliedschaft Hamburg in Verbindung setzen und bleibt es einer späteren Versammlung vorbehalten, definitiv zu entscheiden. D. Sch.

**„Musteranstalten.“**

Es ist sehr häufig, daß man immer wieder Anstalten findet, bei denen man gewöhnlich ist, die dort herrschenden Verhältnisse aus Tageslicht zu bringen. Eine solche Anstalt ist auch die Firma C. Meyer in Bad Dynhauzen. Unter anderem besteht eine Arbeitszeit für Drucker von 10 1/2 Stunden und für Lithographen eine solche von 10 Stunden, inkl. 20 Minuten Frühstück- und Vesper-Pause. Auch scheint Herr Meyer die Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht zu kennen, weil er seine jugendlichen Hilfsarbeiterinnen und Lehrlinge über die gesetzlich zulässige Zeit arbeiten läßt.

Herr Meyer ist für je 10 Minuten Zusatzlohn für Drucker 25 Pf. und für Lithogr. 50 Pf. Strafe festgelegt. Für was das Geld verwendet wird, ist unbekannt. Feiertage werden nicht bezahlt. Herr Meyer vergibt auch zuweisen, daß er seine Lithographen als Werkantil-Lithographen engagiert hat, indem er ihnen Arbeiten überträgt, z. B. Ruffsteden, Sternausgaben u. c., was nach meinem Dafürhalten Arbeiten für einen Korrektur-Lithographen sind. Herr Meyer engagiert auch zweiweilen Maschinenmeister mit einem Lohn von 24 Mk. und beim ersten Zahltag giebt er ganz kurzen Bescheid mit den Worten: „Entweder Sie arbeiten um 21 Mk. oder Sie können in 14 Tagen aufhören.“ Traurig ist nur, daß dort gar keine Kollegen der Organisation angehören. Die Drucker sind meistens Leute, die dort gelernt haben, verheiratet sind und sich daher auch alles gefallen lassen. So z. B. spricht sie Herr Meyer noch immer mit dem vertraulichen Wörtchen „Du“ an.

**Verschiedenes.**

Große Arbeiterversammlungen fanden in den letzten Tagen in Berlin, Leipzig u. sonst, die energisch protestierten gegen die Einschränkung des Koalitionsrechtes, wie sie durch den Erlass des Grafen Posadowsky beabsichtigt wird. Man tritt sich in Reglerungskreisen, wenn man glaubt, die Arbeiter heutzutage noch einschüchtern zu können mit der Ankündigung oder wirklichen Anwendung von Gewaltmaßnahmen. Die Arbeiterbewegung ist durch kein Mittel mehr aus der Welt zu schaffen. Eine vernünftige Politik würde sich beschäftigen, der Bewegung

die Bahn ihrer Entwicklung nicht zu verlegen, sondern den berechtigten Anforderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Die entgegengelegte Politik muß kläglich machen.

Die Gründung eines allgemeinen englischen Gewerkschaftsbundes in die Wege zu leiten — diese Aufgabe war durch den letzten Trades-Unions-Kongreß einem Komitee erteilt worden. Dieses Komitee erstattete im Laufe dieser Tage in einer Sitzung, die das parlamentarische Komitee nach London einberufen hatte, demselben Bericht über seine Arbeiten. Das Komitee schlägt vor, daß sämtliche Gewerbetreibende unter dem Namen „Generalverband der Gewerbetreibenden“ zu einem Bund zusammenzutreten. Der Zweck der Vereinigung soll sein: 1. Die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechtes, die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in jeder Richtung und die Sicherung der gemeinsamen Aktion aller im Verbandsvereinigten Arbeiter. 2. Den gewerblichen Frieden möglichst aufrecht zu erhalten durch Verhandlungen, Anrufung von Schlichtungsämtern, Errichtung von ständigen Einigungsämtern. 3. Errichtung von Fonds zu Unterstützungszwecken und zur Erbringung der oben bezeichneten Aufgaben. Das Komitee schlägt weiter vor, daß ein Generalrat, zu dem jeder Gewerbetreibende 2 Delegierte entsendet und ein Führer-Komitee (Geschäftsleitungskomitee), das aus dem Gewerkschaftsrat heraus gewählt wird, die Geschäfte des Bundes leiten. Im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung soll die betroffene Gewerkschaft durch den Bund nur dann unterstützt werden, wenn sie demselben mindestens 1 Jahr angehört. Als Eintrittsgeld werden 5 Pf. pro Mitglied erhoben, als Beitrag sind zwei Klassen vorgehoben, und zwar je 25 und 50 Pf. pro Mitglied und Quartal. Streikunterstützung wird nur gezahlt, wenn vor Ausbruch desselben die Genehmigung des Generalrates oder des Komitees erteilt worden ist. Die Unterstützungssumme ist auf 5 bzw. 2 1/2 Schilling pro Woche auf den Kopf der Ausführenden festgelegt. Nachdem der Konflikt 8 Wochen gedauert hat, das Komitee den Stand deselben zu untersuchen und kann, wenn es das für angebracht oder nötig hält, die Unterstützung noch ferner bewilligen. Für den Fall von Konflikten zwischen Gewerkschaften die im Bunde nicht vereinigt sind, steht der Entwurf zur Einigungs- und Schlichtung vor. Die Vorschläge werden sämtlichen Gewerbetreibenden zur Begutachtung unterbreitet. Die Antworten müssen bis 4 Wochen vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß, der zu dieser Frage Stellung zu nehmen haben wird, eingelaufen sein.

Sind die Gewerkschaften Versicherungsanstalten im Sinne des Gesetzes? Dieser Frage schenken Polizei und Gericht neuerdings wieder näher treten zu wollen. In Halle wurde nämlich der Bevollmächtigte der dortigen Hauptstelle des Zimmererverbandes angeklagt, durch Gründung der Hauptstelle einer der polizeilichen Genehmigung unterliegende Versicherungsanstalt ins Leben gerufen zu haben, ohne die ständige Erlaubnis einzuholen. In der kürzlich stattgefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht bestritt natürlich der Angeklagte, daß der Verband der Zimmerer u. eine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes sei und wies darauf hin, daß der Verband nicht bloß in Halle, sondern in ganz Deutschland Hauptstellen habe, nirgends aber als eine Versicherungsanstalt angesehen werde. Bei Bewährungs- und Gegenleistungen heiße es im Statut: Es kann an Mitglieder eine Rekrutierungsgewähr werden und es kann für verbranntes Handwerkszeug Entschädigung gezahlt werden u. c. Es stehe aber keinem Mitgliede ein klagbares Recht zu, wie aus dem Anfang zum Statut: „Alle Unterhaltungen, welche der Verband gewährt, z. B. Reise-, Streik-, Rechtschutz-Unterstützung u. c., sind freiwillig“, herabzuehe. Der Anwalt wies aber der Meinung, daß der Verband eine Versicherungsanstalt darstelle und beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 3 Mk. event. einen Tag Haft. Die ins Statut aufgenommenen Klauseln bedeuten nur eine Umgehung des Gesetzes. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Slawny, behauptet das Gegenteil und erklärt, daß das angezogene Statut klar und deutlich sage, alle Unterhaltungen seien freiwillig und würden vom Hauptvorstand beliebig requiriert. Der Verband sei im Sinne des Gesetzes keine Versicherungsanstalt: er sei weder identisch mit Krankenaussparungen oder sonstigen Anstalten. Wolle man solchen Verband als eine Versicherungsanstalt ansehen, so müßte man schließlich auch eine Armenunterstützungskasse wie ein Versicherungsinstitut behandeln. Es sei Freisprechung zu beantragen. Der Gerichtshof erachtete aber den Verband als eine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes und verurteilte den Angeklagten zu 5 Mk. Geldstrafe eventuell einen Tag Haft. Er nahm an, daß die Beiträge keine freiwilligen sind und deshalb den Mitgliedern auch auf Grund des Statuts ein klagbares Recht zuzufolge bezüglich der Unterhaltungen. — Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Die deutschen Berufsvereinigungen halten am 20. März in Berlin ihren 12. ordentlichen Berufsvereinigungs-Versammlungstag ab. Unter anderem soll verhandelt werden: über die Frage der Ausbildung von Betriebsangehörigen im Samariterdienst; über Gewährung von Sonderzuschüssen an die Kranken- und Konvaleszentenheime; befristete Bezüge zur Bekämpfung kleinerer Ausgaben; ferner über die Frage, ob und welchen Einfluß das Patentrecht auf die Unfallversicherungsbestrebungen und auf die Einführungen von Schutzvorrichtungen hat.

**Litterarisches.**

**Ächter der Arbeit.** In einem Aufzuge von Ernst Brezjan, Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW, Deutschstr. 2. Preis 50 Pf. (Porto 3 Pf.) Als Rollen nötige 10 Exemplare Mk. 4.50 (Porto 20 Pf.) Das Stück, leicht ausführbar, lebendig in der Entwicklung, frei von aller Lieberbreitung, ist für die heutige Zeit, wo Unternehmer und Regierung den Kampf gegen die ge-

werkschaftliche und politische Tätigkeit der Frau führen ganz besonders angebracht. Die Betrachtung des Unternehmers gegen die von ihm ausgebeuteten Arbeiterinnen, deren Beglückseligung gegen die Kaderlosigkeit ihrer Arbeiter, herren- und schließlich die Notwendigkeit ihrer Organisation wird an einem aus dem Leben gegriffenen Einzelfalle dramatisch behandelt. Der Name des Verfassers, dessen „Jubiläum“ jählich von der freien Volkshöhe mit großem Beifall aufgeführt wurde, bürgt für die poetische Durchführung der Aufgabe.

Multifarbte Romanbibliothek für das arbeitende Volk. **Zu freien Stunden** Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Preis pro Heft 10 Pf., die Hefte 8 und 9 bringen bereits den zweiten Band des großen Romans aus dem Bauernkrieg: Der Jäger von Klausen von J. v. Willenradt, geschmückt mit prächtigen Kopfstreifen und Vollbildern. Von dieser ebenso guten wie billigen Romanbibliothek bringt im neuen Jahrgang jedes Heft ohne Preiszuschlag 24 Seiten Romanzeit (bisher nur 16 Seiten) und zwei Seiten kleines Feuilleton. Neben dem Roman enthalten die Hefte 8 und 9: Kasperl, Gedicht von Richard Bosh. Was ein Richter hören wollte. Eine Satyre. Ferner: Des und jenes (Zeitschriftenkritik und kulturhistorische Notizen). — Wly und Scherz.

**Anzeigen.**

**Lokal-Verein**

der Lithogr., Steindr. u. verw. Berufsgen. etc. für Leipzig und Umg.

Sonntag, den 13. März 1898, im Saale des „Coburger Hofes“, Windmühlentrage

**Familien-Abend.**

Derfelbe besteht in einem höchst interessanten Experimental-Vortrag des Kollegen Herrn Otto Gehler über: „Der Sauerstoff und seine gefährlichen Verbindungen“.

Nach dem Vortrage findet musikalische und humoristische Unterhaltung statt.

Eintritt 5 Uhr. Anfang pünktlich 6 Uhr. Der Vorstand.

Unserem Bevollmächtigten, Kollegen **Friedr. Galenbek** zu seiner am 5. März stattfindenden Hochzeit **herzlich Glückwunsch!** Die Mitglieder der Hauptstelle über den Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen.

**Künstliche Gebisse,**

Blombieren, Zahnziehen, Reinigen u. unter Garantie. Teilzahlung gestattet.

E. Gedike, Berlin N., Strellbergstr. 52.

**Der Arbeitsnachweis**

der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffen Berlins befindet sich Neue Friedrichstraße 86 I., Telephonamt 5 Nr. 1564. Geöffnet von 8—1 vormittags und 3—6 Uhr nachmittags. Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.

**Verein Lithographia, Nürnberg.** Vereinslokal: „Goldne Krone“, Zeugasse. Jeden Donnerstag Vereinsabend.

**Arbeitsnachweis**

des Schweizerischen Lithographenbundes. Die Adresse des Arbeitsnachweises unseres Bundes lautet: J. Ebel, Maschinenmeister, Bern, Altenbergrasse 132. Der Zentral-Vorstand.

**Die Erfindung der Lithographie**

durch Alois Geseftes. Von Fr. Hanen, 4 Bogen. Preis 50 Pf. Verlag von Conrad Müller, Schindlitz-Verlag. Zu beziehen durch die Bevollmächtigten der Hauptstellen.

**Wichtige Werke für Steindrucker.**

**Der Steindrucker an der Handpresse.** Von Lorenz Müller. Mit einer Chromolithographie in 14 Farben nebst Kontur- und Farbplatte. Mk. 4.  
**Der Steindrucker an der Schnellpresse.** Von Oskar Reita. Ein nützliches Lehrbuch für jeden Steindrucker. Mk. 2.  
**Technische Aufsätze für Steindrucker.** Von Oskar Reita. Mk. 4.  
**Freie Hände.** Illustriertes Fachblatt für Lithographie und Steindrucker. Mit der Beilage „Graphische Musterblätter.“ Ganzjährig Mk. 10. — Probeummern gratis. Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung von **Jos. Heim, Wien IV.** und durch alle Buchhandlungen.

**Leipzig, Restaurant „Graphia“**

Vertebraltotal aller graphischen Arbeiter. Jeden Freitag **Elitetag.** Hierzu laden ergebenst ein **G. Gredmann.** **Frauen-Abend.**